

9. Die Institutionen und die sozialen Bewegungen

Die kurze Periode des gemeinsamen Widerstands gegen die Krisenpolitik (Januar–Juli 2015)

In diesem Kapitel wird die letzte Periode der Krisenproteste nachgezeichnet. In dieser siebenmonatigen Protestperiode fanden, ähnlich wie bei der Protestperiode von 2012 bis 2014, grundlegende Veränderungen auf der Ebene der institutionellen Politik statt, die zu einer Veränderung der Krisenproteste beigetragen haben. Die Regierungsübernahme durch die Koalition SYRIZA/ANEL im Januar 2015 führte dazu, dass die sozialen Bewegungen gegenüber der Regierung für mehrere Monate eine weniger antagonistische Haltung eingenommen haben. Die Krisenproteste richteten sich nun nicht mehr gegen die griechische Regierung, sondern unterstützten diese in ihren Bemühungen, einen neuen politischen Kurs durchzusetzen.

In Abschnitt 9.1 zeige ich, wie SYRIZA durch ihre sozialpolitischen Wahlversprechen im Januar 2015 die gemeinsame Regierungsübernahme mit der ANEL gelang. In Abschnitt 9.2 stelle ich den Verlauf der ersten Verhandlungen zwischen dieser Regierung und der Troika dar und skizziere die ersten Proteste, die zur Unterstützung der griechischen Regierung stattfanden. In Abschnitt 9.3 beschreibe ich, wie politische Parteien der Linken und Akteur*innen der sozialen Bewegungen ihre Protestaktionen intensivierten, um die Regierung an ihre Wahlversprechen zu erinnern. In Abschnitt 9.4 zeige ich, dass die kompromisslose Haltung der Troika in den Verhandlungen mit der griechischen Regierung dazu geführt hat, dass Ministerpräsident Alexis Tsipras im Sommer ein Referendum zur Abstimmung über die Reformvorschläge der Troika forderte. In Abschnitt 9.5 rekonstruiere ich, wie die Troika die griechische Regierung dazu gedrängt hat, das Ergebnis des Referendums zu ignorieren und die Reformvorschläge umzusetzen. In Abschnitt 9.6 gehe ich den Hintergründen für SYRIZAs Scheitern in den Verhandlungen mit der Troika, der zunehmenden Hierarchisierung der Partei und der Schwächung der sozialen Bewegungen nach. In Abschnitt 9.7 zeige ich, dass sich die sozialen Bewegungen nach dem Ende der Krisenproteste auf die Selbstorganisierung der Nothilfe für Geflüchtete fokussiert haben.

9.1 »Die Hoffnung kommt«

Am 25. Januar 2015 fanden in Griechenland vorgezogene Neuwahlen statt, in denen SYRIZA mit 36,3 Prozent aller Stimmen das Mandat für eine Regierungsbildung erhielt. SYRIZA konnte vor allem von Wahlüberläufer*innen der PASOK, DIMAR und der KKE¹ profitieren (Wehr 2016: 68–69). Zweitstärkste Kraft wurde mit 27,8 Prozent die ND. Die rechtsextreme CA landete mit 6,3 Prozent aller Stimmen auf dem dritten Platz, dicht gefolgt von der im März 2014 gegründeten Partei To Potami², die 6,1 Prozent erreichte. Die PASOK landete mit lediglich 4,7 Prozent auf dem siebten Platz und erlebte damit ein noch viel größeres Tief als bei den Wahlen 2012. Die KKE erreichte 5,47 Prozent und die ANEL 4,7 Prozent. Insgesamt lag die Wahlbeteiligung bei knapp 64 Prozent und damit etwas höher als bei den Parlamentswahlen 2012 (Wehr 2016: 65, 69).

Da SYRIZA keine absolute Mehrheit erreicht hatte, entschloss sich die Partei für eine Regierungskoalition mit der ANEL. Dass SYRIZA ein Bündnis mit einer rechten Partei einging, irritierte zunächst viele Anhänger*innen von SYRIZA sowie Teile der europäischen Linken. Angesichts der politischen Situation gab es allerdings auch Verständnis für diese Entscheidung (Federsen 2015). Auch dass der neue Ministerpräsident Alexis Tsipras den ND-Politiker Prokopis Pavlopoulos zum neuen Staatspräsidenten ernannte, trübte die Freude über den Wahlsieg kaum. Der Wahlsieg von SYRIZA hatte die Stimmung im Land grundlegend verändert. Mit dem Slogan »Die Hoffnung kommt« (»*H Elpidia erxetai*«) war SYRIZA in den Wahlkampf eingetreten. Und Hoffnung war, was viele Menschen erstmals seit fast fünf Jahren wieder verspürten (Bratsis 2015). Der Wahlsieg kam nicht unerwartet. Seit den Parlamentswahlen 2012 hatte die Partei bei sämtlichen Wahlen auf regionaler, Landes- und EU-Ebene stark zugelegt. Bei den Europawahlen im Mai 2014 erreichte SYRIZA 26,6 Prozent und lag 4 Prozent vor der ND. Bei den zeitgleich durchgeführten Kommunalwahlen gewann SYRIZA im Wahlkreis Attika mit 24 Prozent (Wehr 2016: 81).

Mehrere Sozialwissenschaftler*innen führen diese gewaltigen Stimmenzuwachse auf SYRIZAs Wahlversprechen einer sofortigen Beendigung der Krisenpolitik zurück (Bratsis 2015; Kakassis 2015; Kannelopoulos et.al. 2017: 115; Wehr 2016: 63). SYRIZA versprach dabei nicht nur die Krisenpolitik zu beenden, sondern hatte auch ein konkretes Alternativprogramm zur Krisenpolitik vorzuweisen. Der von Tsipras in seiner Wahlkampfrede am 3. Januar 2015 präsentierte »nationale Wiederaufbauplan«, auch bekannt als »Programm von Thessaloniki« (SYRIZA 2014b), umfasste verschiedene Maßnahmen, die zu einer Abkehr vom Sozial- und Wirtschaftsabbau, zu einem wirtschaftlichen Aufschwung sowie zur Überwindung der Krise führen sollten. An oberster Stelle im Programm stand das Ziel, die »humanitäre Krise« zu bewältigen (SYRIZA 2014b). SYRIZA

-
- 1 Im Mai 2012 hatten knapp über eine halbe Millionen Menschen die KKE gewählt. Im Januar 2015 lag diese Zahl nur noch bei 300.000. Die meisten ehemaligen Wahlstimmen der KKE gingen im Januar 2015 an SYRIZA. Die Wahlen im Januar 2015 bestätigten somit erneut, dass sich die Wähler*innen von der KKE nicht genügend repräsentiert fühlten, da die Partei keine effektiven Strategien für einen Ausstieg aus der Krisenpolitik bot (Wehr 2016: 69–70).
 - 2 To Potami wurde von dem TV-Moderator Stavros Theodorakis gegründet. Sie wird dem linksliberalen Spektrum zugeordnet.

plante, knapp zwei Milliarden Euro in Maßnahmen zur Unterstützung der unteren und mittleren Einkommensschichten zu investieren. Konkret sollten folgende Maßnahmen umgesetzt werden: eine kostenlose Stromversorgung und Lebensmittelgutscheine für mindestens 300.000 Haushalte unter der Armutsgrenze, der Bau von 30.000 Wohnungen mit besonders geringen Mieten, die Wiederherstellung des Weihnachtsbonus und der 13. Monatsrente für über eine Million Pensionierte, deren Rente unter 700 Euro lag, die Einführung ermäßigter Fahrscheine für Langzeitarbeitslose und Menschen unter der Armutsgrenze sowie die Abschaffung der Sondersteuer auf Heizöl. Für den Wiederaufbau der Wirtschaft sah das Programm zudem folgende Maßnahmen vor: die Beendigung der Beschlagnahmung von Bankkonten, Hauptwohnsitzen und Gehältern, die Abschaffung der einheitlichen Vermögenssteuer, die Wiederherstellung der Einkommenssteuergrenze von 12.000 Euro sowie eine Privatentschuldung durch die Umstrukturierung notleidender Kredite. Darüber hinaus waren im Bereich der Arbeitsmarktpolitik folgende Maßnahmen vorgesehen: die Schaffung von 300.000 neuen Arbeitsplätzen im privaten und öffentlichen Sektor, die Wiederherstellung der institutionellen Rahmenbedingungen für den Schutz von Arbeitnehmer*innenrechten, die Wiederherstellung der Tarifverträge und die Abschaffung der Regelungen über ungerechtfertigte Entlassungen (SYRIZA 2014b). Außerdem sah SYRIZA folgende Maßnahmen zur »Stärkung der Institutionen der repräsentativen Demokratie« vor: die regionale Organisation des Staates, die Stärkung der demokratischen Teilhabe der Bürger*innen durch die Einführung neuer Institutionen wie die »Volksgesetzgebunginitiative« und die »Volksinitiative zur Ausrufung eines Referendums«, die Einschränkung der parlamentarischen Immunität und die Aufhebung der Regelung zur »Nichtverfolgung« von Abgeordneten (SYRIZA 2014b). SYRIZAs nationaler Wiederaufbauplan repräsentierte offensichtlich die Interessen breiter Teile der Gesellschaft. Selbst viele Menschen, die SYRIZA vorher nicht gewählt hatten, wählten die Partei im Januar 2015. Der Aktivist und Professor *St, der kein Anhänger oder Mitglied von SYRIZA ist, stimmte im Januar 2015 ebenfalls für SYRIZA, in der Hoffnung, dass eine SYRIZA-Regierung die Folgen der Krisenpolitik lindern könnte:

»Ich wählte SYRIZA, obwohl ich kein Mitglied von SYRIZA bin und ich glaube nicht, dass SYRIZA wirklich eine linke Partei ist. Es gibt wichtige Leute aus dem linken Spektrum bei SYRIZA. Und oft war ich in den gleichen Kämpfen mit diesen Menschen an unseren Universitäten. Ich bin in der Gewerkschaft der Professor*innen. Ich war Teil verschiedener Kämpfe an unserer Universität. Meistens waren diese Leute auf unserer Seite. Ich habe sie gewählt, weil ich dachte, dass sie zumindest irgendeine Form von Widerstand gegen die Zerstörung meines Lebens darstellen könnten. Menschen haben SYRIZA in den meisten Fällen nicht gewählt, weil politische Analysen ergeben haben, dass es gut wäre, sondern aufgrund eines dringenden Bedarfs das zu stoppen, was unsere Leben täglich zerstört. Und das ist echt. Das ist eine echte Erfahrung. Es ist nicht etwas, worüber wir nachdenken. Es passiert! Viele Menschen, denke ich, haben das mit wenig Hoffnung getan oder mit Vorstellungen davon, dass sich alles an einem Tag verändern wird. Und das ist, warum SYRIZA so viel Unterstützung hatte von Menschen, die vorher nie SYRIZA wählten« (Interview, *St, 01.04.2015).

Auch viele Aktivist*innen, die sonst nicht an Wahlen teilgenommen hatten, stimmten für SYRIZA (Malaboca/Vincente 2015: 22). Die Krisenproteste waren in den fünf Jahren zuvor weitgehend unwirksam geblieben. Wie ein Aktivist der Antiautoritären Bewegung Athen in einem Interview mit dem von italienischen Aktivist*innen veröffentlichten Magazin *Infonaut* erzählt, hofften viele Akteur*innen der sozialen Bewegungen darauf, dass SYRIZA zumindest einige politische Veränderungen auf der Ebene der institutionellen Politik erzielen könnte, die den sozialen Bewegungen nicht gelungen waren, wie z.B. die Abschaffung der Sondersteuern, der Sonntagsarbeit und des Hochsicherheitsgefängnisses (*Infonaut/AK Athens* 2015). Darüber hinaus hofften viele Aktivist*innen darauf, dass eine Regierung der Linken weniger repressiv als die Vorgängerregierung unter der ND gegen die sozialen Bewegungen und ihre Aktivitäten vorgehen würde (Vogiatzoglou 2015; Malaboca/Vincente 2015: 22). Tatsächlich reduzierte die neue Regierung in ihren ersten Amtswochen die Polizeipräsenz bei Protesten³ deutlich und ließ die Umzäunung des griechischen Parlaments entfernen. Mit dieser symbolischen Maßnahme demonstrierte die Regierung, dass Protest nicht als Gefahr für die Institutionen gesehen wurde, sondern willkommen war.

9.2 Ein kurzer »Atemzug der Würde«

Von Anfang an befand sich die neue Regierung in einer Position, die es ihr erschwerte, ihre Wahlversprechen umzusetzen. Zum Zeitpunkt ihres Amtsantritts stand das laufende Rettungsprogramm kurz vor dem Auslaufen. Ohne die Zusage zu einer weiteren Kredittranche drohte Griechenland der Staatsbankrott (Mittendrein/Oberndorfer 2018: 122). Die griechische Regierung musste also schnellstmöglich in Verhandlungen mit der Troika um weitere Finanzhilfen treten. Bei diesen wollte die Regierung auch gleich ihren politischen Kurswechsel gegenüber der Troika demonstrieren.

Ministerpräsident Alexis Tsipras und Finanzminister Yanis Varoufakis einigten sich für die erste Verhandlungsrunde auf ein offensives Vorgehen. Nach einem Treffen mit dem Präsidenten der Eurogruppe, Jeroen Dijsselbloem, erklärte Varoufakis in einer anschließenden Pressekonferenz, dass Griechenland die Kooperation »mit den legalen Institutionen der Eurozone und dem IWF« zwar fortsetzen werde, allerdings eine Zusammenarbeit mit der Troika, deren Programm sie für »antieuropäisch« halte, ablehne (Deutsche Welle News 2015: 00:00:30–00:00:50). Wie sich an der Reaktion von Dijsselbloem ablesen ließ – er weigerte sich zunächst nach der Pressekonferenz, Varoufakis die Hand zu reichen –, kam die Aussage von Varoufakis für die Eurogruppe sehr unerwartet. Insbesondere der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble zeigte sich empört über das Verhalten der griechischen Minister*innen. Bereits Ende 2014 hatte er Griechenland davor gewarnt, von der Krisenpolitik abzurücken (Wehr 2016: 97).

In Deutschland fand schon bald eine mediale Kampagne gegen die griechische Politik statt (Kaufmann 2015: 4; Jäger et al. 2015). Dabei wurden Tsipras und Varoufakis als unerfahrene Politiker*innen dargestellt, die von den erfahrenen Expert*innen in

³ Die Polizeipräsenz wurde allerdings bereits ab Frühjahr 2015 wieder deutlich erhöht.

der Europopolitik zurechtgewiesen werden müssten. Während die Bild-Zeitung mit Titelblattüberschriften wie »Pleite-Griechen« und »Griechen-Raffkes« wütete (Bild 2015), bezeichneten selbst seriöse Tageszeitungen wie die Süddeutsche Zeitung die beiden Politiker*innen als »Eurorebellen«, »Schuljungen« und »Halbstarke« (Jäger et al. 2015).

Abbildung 5: Ausschnitt aus einer Ausgabe der Bild-Zeitung

ENDLICH SAGT MAL EINER NEIN ZU DEN PLEITE-GRIECHEN

Deutschland sagt: Danke, Wolfgang Schäuble!

ENÜ

Teilen
 Twittern

20.02.2015 - 00:01 Uhr

Berlin – Das war die heftigste Abfuhr, die sich Griechen-Premier Alexis Tsipras (40) und sein Finanzminister Yanis Varoufakis (53) im Schuldenpoker holen konnten ...

Nach Wochenlangem Täuschen und Tricksen beantragte die griechische Regierung gestern in Brüssel neue Milliardenhilfen – und wurde von Deutschlands Finanzminister Wolfgang Schäuble (72, CDU) sofort abgebügelt: Es gibt nichts mehr! Der Antrag aus Athen sei „nichts als heiße Luft“, ließ Schäuble wissen.

Weiter heißt es in einem Papier der Bundesregierung, der Antrag sei ein „Trojanisches Pferd“, mit dem Griechenland eine Brückenfinanzierung erreichen und unter dem Strich das aktuelle Hilfsprogramm stoppen wolle.

Eine Riesen-Watschn für die Griechen-Raffkes!



Quelle: Bild-Zeitung, 20. Februar 2015.

Viele Menschen in Griechenland hatten dagegen schon lange darauf gewartet, dass sich die griechische Regierung gegen die Troika zur Wehr setzt. Ein Gefühl von Stolz und Würde breitete sich im Land aus und Angst transformierte sich in Zuversichert (Bratasis 2015). Selbst bei Mitgliedern und Anhänger*innen der ND punktete Varoufakis mit seinem rebellischen und selbstbewussten Auftreten. Einer zwischen dem 26. März und 2. April 2015 durchgeführten Umfrage des griechischen Meinungsinstituts Public Issue (2015a) zufolge gaben 59 Prozent der landesweit 1.004 Befragten an, dass sie Varoufakis zutrauen, die wirtschaftlichen Probleme zu lösen. 78 Prozent favorisierten Alexis Tsipras als Politiker, während der ehemalige Ministerpräsident und ND-Politiker Antonis Samaras

ras nur auf 28 Prozent kam. 62 Prozent hielten Tsipras für den am besten geeigneten Ministerpräsidenten.

Der Jubel über die wiedergewonnene nationale Souveränität sollte allerdings nicht allzu lange währen. Bereits kurz nach der Pressekonferenz erhöhte die Troika den Druck auf die griechische Regierung. Die EZB stellte Anfang Februar die Kreditvergabe an griechische Banken ein (Kakassis 2015). In Reaktion auf das von vielen Menschen als erpresserisch wahrgenommene Verhalten der EZB fanden am 5. Februar 2015 europaweit Proteste in Solidarität mit der griechischen Regierung statt. In Griechenland nahmen an diesem Tag tausende Menschen an Protesten zur Unterstützung der Regierung und ihren Bemühungen, die Krisenmaßnahmen neu zu verhandeln, teil (Wearden 2015). U.a. rief die Versammlung der Angestellten der staatlichen Versicherungsanstalt (*Sillogos Ippallilon Ethnikis Asfalistikis*) unter dem Slogan: »Wir lassen uns nicht erpressen. Wir ergeben uns nicht. Wir fürchten uns nicht. Wir machen keinen Schritt zurück« (Rizospastiki Protovoulia 2015) zu Protesten auf. Bei einem ersten offiziellen Treffen am 11. Februar 2015 zwischen der griechischen Regierung und der Troika, die sich inzwischen selbst als die »Institution« (Sina 2015) bezeichnete, kam es dennoch zu keiner Einigung über die Fortsetzung des laufenden Hilfsprogramms. Das lag u.a. daran, dass Griechenland auf Anweisung von Finanzminister Varoufakis seine Zustimmung zum Hilfsprogramm zurückgezogen hatte (Sina 2015). Die Verhandlungen wurden in den folgenden Tagen, begleitet von zahlreichen Demonstrationen in griechischen und europäischen Städten, fortgesetzt. Die Slogans der Demonstrierenden richteten sich dabei explizit gegen Politiker*innen, die die Fortsetzung der Krisenpolitik unterstützten, wie Angela Merkel, Wolfgang Schäuble und Antonis Samaras (Skordas 2015). Ein wenig erinnerten die Proteste an die Platzbewegung 2011. Unter den Protestteilnehmenden befanden sich viele Anhänger*innen von SYRIZA und ANEL. Ähnlich wie bei der Platzbewegung positionierten sich Protestierende mit griechischen Nationalfahnen vor dem Parlament. Daneben wehten spanische Nationalfahnen. Ein Demonstrationsslogan lautete: »Ein Atemzug der Würde durch Griechenland« (Skordas 2015). Ähnlich wie bei der Platzbewegung waren auch bei den Protesten im Februar 2015 nationale Souveränität und Demokratie zentrale Themen der Protestierenden (Skordas 2015).

Trotz dieser Rückendeckung durch die breite Solidaritätsbewegung zeigte sich Tsipras ab Mitte Februar der Troika gegenüber kompromissbereiter. Sein offensives Vorgehen in den Verhandlungen wich versöhnlicheren Tönen. Die Streichung des Großteils des nominellen Werts der öffentlichen Schulden, die SYRIZA vor den Wahlen im Januar versprochen hatte, war bei den Verhandlungen mit der Troika schon bald kein Thema mehr (Wehr 2016: 102; Salmon 2015). Zwar bekräftigte Tsipras Mitte Februar 2015 vor seiner Fraktion, dass er eine Lösung ohne Krisenpolitik und Troika anstrebe. Für die praktische Umsetzung einer politischen Alternative war allerdings kaum Zeit, da das laufende Kreditprogramm am 28. Februar 2015 auslaufen sollte (Körner 2015: 10). Unter diesen Bedingungen sah sich die griechische Regierung gezwungen, eine Verlängerung der Kreditvereinbarungen zu beantragen. Sie war gewillt, die Zusammenarbeit mit der Troika unter der Bedingung fortzusetzen, dass das Memorandum nicht verlängert werde. Dieser Vorschlag wurde von der Eurogruppe abgelehnt. Stattdessen sicherten die Finanzminister*innen der Eurogruppe der griechischen Regierung eine viermonatige Verlän-

gerung des Kreditprogramms unter der Bedingung zu, dass die griechische Regierung eine Liste mit akzeptablen Reformvorschlägen vorlegt (Körner 2015: 10).

Nach mehreren gescheiterten Verhandlungsgesprächen mit der Eurogruppe stimmte die griechische Regierung einer am 20. Februar 2015 von der Eurogruppe vorgelegten Vereinbarung über die Verlängerung des Kreditprogramms zu. Darin verpflichtete sich die griechische Regierung »zu einem breiteren und tieferen Reformprozess« (Eurogruppe 2015a: 32). Vor dessen Hintergrund sollte Griechenland insbesondere weitere Reformen in der Renten- und der Arbeitsmarktpolitik umsetzen (Wehr 2016: 109–110). Am 23. Februar 2015 legte die griechische Regierung der Eurogruppe eine erste Liste mit Reformvorschlägen vor. Sie erklärte sich darin bereit, sowohl die von der Eurogruppe geforderte Mehrwertsteuererhöhung vorzunehmen als auch Renten- und Lohnkürzungen sowie Maßnahmen zur Bekämpfung von Steuerhinterziehungen und Maßnahmen zur »Modernisierung der öffentlichen Verwaltung« umzusetzen (Galbraith 2015: 42). Die Privatisierungsmaßnahmen und die Reformierung des Arbeitsrechts, die die Eurogruppe verlangte, lehnte die griechische Regierung dagegen ab (Galbraith 2015: 42).

In einer ersten offiziellen Erklärung am 24. Februar 2015 verkündeten die Eurogruppe und die Troika, dass die Reformliste zwar »umfassend genug« sei, allerdings »in enger Abstimmung mit den Institutionen« weiterentwickelt werden müsse, »um einen raschen und erfolgreichen Abschluss der Überprüfung zu ermöglichen« (Eurogruppe 2015b: 40). Die Regierungsminister*innen zeigten sich nach der Erklärung der Eurogruppe optimistisch und erklärten öffentlich, dass es gelungen sei, die Krisenpolitik »hinter sich zu lassen« (Körner 2015: 11). Mitglieder und Abgeordnete aus dem linken Flügel von SYRIZA⁴ bewerteten die Vereinbarung mit der Eurogruppe dagegen als kritisch. Bei einer Fraktionssitzung votierten 40 SYRIZA-Abgeordnete gegen die Vereinbarung (Körner 2015: 12). Die SYRIZA-Abgeordneten Dimitris Belantis und Stathis Kouvelakis kritisierten in einem offenen Brief, dass »die wichtigsten Punkte« des SYRIZA-Wahlprogramms durch die Vereinbarung mit der Eurogruppe »praktisch außer Geltung gesetzt« wurden (Belantis/Kouvelakis 2015: 44). Zudem wiesen sie in dem Brief darauf hin, dass die Vereinbarung »die Umsetzung des Wahlprogramms« gefährde (Belantis/Kouvelakis 2015: 46).

9.3 Druck ›von unten‹

Unterdessen wuchs auch der Druck ›von unten‹ auf die Regierung. In Athen und anderen griechischen Städten demonstrierten nach den internationalen Verhandlungsgesprächen weiterhin tausende Menschen gegen eine Fortsetzung der Krisenpolitik. Neben selbstorganisierten Akteur*innen organisierten auch die KKE und ANTARSYA Proteste gegen die Krisenpolitik (Schrader 2015: 19). Der KKE zufolge hatte SYRIZA bereits vor ihrer Regierungsübernahme unerfüllbare Hoffnungen in der Bevölkerung geschürt. ANTARSYA, die die griechische Regierung bei ihren Verhandlungen mit der Troika zunächst unterstützt hatte, deutete den Verlauf der Verhandlungen ebenfalls als wenig hoffnungsreich. Bei einer von ANTARSYA organisierten Demonstration Ende

⁴ Unter ihnen befanden sich die Parlamentspräsidentin Zoe Konstantopoulou, der SYRIZA-Abgeordnete Manolis Glezos und der SYRIZA-Wirtschaftsexperte Janis Milios ((Exadaktylos 2015).

Februar 2015 protestierten mehrere hundert Anhänger*innen der Partei »gegen die Erpressungsversuche von EU, IWF und EZB« und »für ein Nein zur Vereinbarung zwischen Regierung und Eurogruppe« sowie für einen »Schuldenschnitt und Austritt aus der EU« (Schrader 2015: 19).

Für den 27. Februar 2015 organisierte die KKE eine Demonstration und forderte einen »Gesetzesentwurf über eine sofortige Aufkündigung« sämtlicher Krisenmaßnahmen sowie »den Austritt des Landes aus allen imperialistischen Bündnissen wie EU und NATO« (Schrader 2015: 19). Der Forderungskatalog der KKE enthielt zudem arbeitsrechtliche Forderungen wie die »Wiedereinführung aller Tariflöhne, wie sie vor der Krise galten« sowie eine unbefristete Auszahlung von Arbeitslosengeld (Schrader 2015: 19). Ende Februar 2015 verloren auch viele Akteur*innen der sozialen Bewegungen zunehmend ihren Glauben daran, dass sich die politische Situation im Land durch eine Regierung unter SYRIZA verbessern würde (Sitrin 2015). Vielen von ihnen war auch schon vorher bewusst gewesen, dass sie trotz der Wahlversprechen von SYRIZA weiterhin die »eigenen Leben in die eigenen Hände nehmen« müssen (Sitrin 2015). Veränderungen auf der institutionellen Ebene der Politik könnten eben nur unter dem Druck der sozialen Bewegungen geschehen, wie ein Mitglied vom Netzwerk für politische und soziale Rechte (*Diktyo gia ta politika kai koinonika Dikaiomata*) in Athen in einem Gespräch mit dem internationalen Aktivist*innenkollektiv AK Malaboca erzählt:

»Unsere politische Strategie muss weiterhin heißen: Die Rechte werden auf der Straße erkämpft. Das bleibt auch unter einer SYRIZA-Regierung so. Da muss der Druck sein, damit sich Verhältnisse ändern – jedenfalls wenn sie sich grundlegend ändern sollen. Natürlich werden wir die Möglichkeiten nutzen und bei uns bekannten Ministern, Staatssekretären, Abgeordneten auch mal direkt vorstellig werden. Das haben wir aber im Prinzip auch schon bei der vorherigen Regierung gemacht. Bei besonders drastischen Fällen konnte man auch mit den vorherigen Regierungen verhandeln. Wir hoffen, dass dies jetzt in noch größerem Umfang möglich wird und dass wir da noch direkteren Zugang bekommen« (AK Malaboca 2015: 12).

Für diejenigen Akteur*innen der sozialen Bewegungen, die einer Zusammenarbeit mit dem Staat prinzipiell offen gegenüberstanden und zudem explizite Forderungen an den Staat gestellt hatten, zeigte sich im Frühjahr 2015 immer deutlicher, dass sie ihren Druck auf die Regierung verstärken und die von SYRIZA versprochene Unterstützung der Selbstorganisationsprozesse durch Protest einfordern mussten. So organisierten im April 2015 Mitglieder der selbstverwalteten Fabrik Vio.Me. (siehe Kapitel 10) und Mitglieder von ERT.open sowie Beschäftigte, die infolge der Krisenmaßnahmen entlassen worden waren – darunter die 595 Reinigungskräfte des Finanzministeriums und die Stahlarbeiter*innen von *Chalivourgia* – eine »Karawane des Kampfes und der Solidarität« (Vio.Me 2015). Die Karawane, die am 3. April in Thessaloniki startete und binnen weniger Tage bis nach Athen zog, wurde von breiten Teilen der sozialen Bewegungen unterstützt. Am 6. April erreichte die Karawane Athen, wo die Mitglieder von Vio.Me. beim Arbeitsministerium um ein Gespräch mit dem Arbeitsminister Panos Skourletis baten. In diesem wollten die Vio.Me.-Mitglieder die Regierung daran erin-

nern, ihr Versprechen einzuhalten, die selbstverwaltete Fabrik rechtlich und politisch zu unterstützen (Vio.Me 2015).

Zu dem Treffen mit dem Arbeitsminister kam es allerdings nicht. Arbeitsminister Skourletis, der dem Treffen zuvor zugestimmt hatte, sagte den Termin kurzfristig ab und wurde von anderen Minister*innen vertreten, die den Arbeiter*innen eine baldige Lösung der Probleme versicherten. Auf das Verhalten der Regierung reagierten die Teilnehmenden der Karawane sichtlich enttäuscht (Sitrin 2015). Auch die Beschäftigten im öffentlichen Gesundheitswesen reagierten mit Enttäuschung darauf, dass die Regierung die von ihr angekündigten Reformen im Gesundheitsbereich noch immer nicht umgesetzt hatte. Mehrere Gewerkschaften der Krankenhausangestellten riefen daher für den 20. Mai zu einem 24-stündigen Streik auf, bei dem sie eine kostenlose öffentliche Gesundheitsversorgung, Neueinstellungen von Personal sowie eine Auszahlung für geleistete Überstunden forderten (Vergou 2015). Diesen Forderungen kam die griechische Regierung nicht nach. Allerdings löste sie einige andere Wahlversprechen ein. Entgegen den Forderungen der Troika, die Sozialausgaben niedrig zu halten sowie unter Missachtung der Troika-Vorgaben, verabschiedete die griechische Regierung im März 2015 das Gesetz 4320/2015 »zur Bewältigung der humanitären Krise« (Hellenic Parliament 2015). Wie im Wiederaufbauplan von SYRIZA aufgeführt, sah dieses Gesetz Maßnahmen zur Unterstützung von einkommensschwachen Haushalten vor. Bis Juli 2015 wurden beim griechischen Arbeitsministerium 300.226 Anträge für Strom, Nahrung und Mietzuschüsse gestellt (Salourou 2015). Zum Missfallen der Troika stimmte das griechische Parlament zudem am 29. April 2015 mit deutlicher Mehrheit für ein Gesetz zur Wiedereröffnung von ERT (Deutsche Welle 2015). Neben den entlassenen ERT-Beschäftigten wurden auch die 595 Reinigungskräfte des Finanzministeriums im Rahmen eines neuen Gesetzesentwurfs im Sommer 2015 wieder eingestellt (Diakides 2015).⁵

9.4 »Wir haben keine Angst« – Der Demos entscheidet

Obwohl die Eurogruppe und die Troika die Reformvorschläge der griechischen Regierung grundsätzlich als zufriedenstellend bewerteten, kam es anschließend trotzdem zu keiner Einigung. Die Troika forderte noch tiefergehende Reformen (Milios 2016; Wehr 2016: 117). Für die griechische Regierung stellte die Aufforderung zu mehr Reformwilligkeit insbesondere aufgrund ihres »enger gewordenen finanziellen Handlungsspielraums« eine Belastung dar (Wehr 2016: 109). Ende Juni 2015 sollte das Hilfsprogramm auslaufen. Die griechische Regierung musste bis dahin noch 5,3 Milliarden Euro an die internationalen Gläubiger*innen zurückzahlen. Die Auszahlungen aus dem zweiten Hilfsprogramm in Höhe von 7,2 Milliarden Euro standen noch aus (Mussler/Plickert 2015). Für eine Einigung mit der Troika blieb somit kaum noch Zeit. Angesichts dieser für Griechenland schwierigen Umstände fand in Athen am 17. Juni 2015 eine Großde-

5 Sowohl im Fall von ERT als auch im Fall der Reinigungskräfte erfolgte die Wiedereinstellung der Beschäftigten unter schlechteren Arbeitsbedingungen als den vorherigen. So mussten die Reinigungskräfte Lohnkürzungen um 25 Prozent hinnehmen (Sitrin 2015).

monstration gegen die Krisenpolitik statt. Wie die Proteste im Frühjahr setzte auch diese Demonstration ein Zeichen der Solidarität mit der griechischen Regierung.

Auf selbstgemalten Plakaten stand: »Stopp Austerität, unterstütze Griechenland, verändere Europa«, »Alexi, gib Griechenland nicht den Gangstern (IWF, EU, EZB)« und »Unfuck Greece« (Wearden/Fletcher 2015). Im Rahmen einer Aktionswoche europäischer sozialer Bewegungen fanden auch in anderen EU-Ländern Solidaritätsproteste statt. In den Straßen Athens waren in diesen Tagen allerdings noch andere Stimmen zu hören. Parallel zu den Protesten gegen die Krisenpolitik fanden erstmals seit Beginn der Staatsschuldenkrise Proteste für eine Fortsetzung der Krisenpolitik statt. Unter den Teilnehmenden der Pro-Memorandum-Proteste befanden sich Anhänger*innen der ND, PASOK und To Potami, die sich vor dem Parlament versammelten, Nationalfahnen und EU-Fahnen schwenkten und den Slogan »Wir bleiben in Europa« (»Menoume Europi«) riefen (Pandiera 2015). Obwohl die griechische Regierung immer wieder versichert hatte, dass Griechenland in der EU und in der Eurozone verbleiben werde, fürchteten diese Protestierenden den EU-Austritt Griechenlands und zogen es vor, die Krisenpolitik fortzusetzen.⁶

Um sich mit ihren Verhandlungspartner*innen zu einigen, legte die griechische Regierung der Troika Ende Juni schließlich einen erweiterten Maßnahmenkatalog vor, in dem sie sich bereit erklärte, »einen großen Schritt« auf die Gläubiger*innen zu machen und deren »Forderungen weitgehend« zu erfüllen (Wehr 2016: 118). In dem Katalog stimmte Griechenland der sukzessiven Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre ebenso zu wie einer weiteren Erhöhung der Mehrwertsteuer auf bestimmte Leistungen und Produkte auf 23 Prozent (Wehr 2016: 118).⁷ Zu diesem Zeitpunkt waren die griechischen Banken deutlich angeschlagen und auf Notkredite der EZB angewiesen. In Sorge darüber, dass Kapitalverkehrskontrollen eingeführt werden könnten, begannen viele Menschen panisch Geld von ihren Bankkonten abzuheben. Innerhalb von nur einer Woche wurden Beträge in Gesamthöhe von vier Milliarden Euro von griechischen Konten abgehoben (Der Spiegel 2015). Bei einem weiteren Treffen zwischen der griechischen Regierung und der Eurogruppe am 25. Juni 2015 unterbreiteten beide Verhandlungsparteien erneut eigene Reformvorschläge. Wieder kam es zu keiner Einigung (Milios 2016). Die Eurogruppe bot Griechenland lediglich an, das auslaufende Hilfsprogramm bis Ende November 2015 zu verlängern (Wehr 2016: 120).

Die griechische Regierung erkannte zu diesem Zeitpunkt, dass sie sich in einem »Irrgarten der Pseudo-Verhandlungen« befand und dass sie die Macht ihrer Verhandlungspartner*innen massiv unterschätzt hatte (Salmon 2015). Scheinbar hatten die internationalen Gläubiger*innen nie vorgehabt, mit Griechenland zu diskutieren (Sotiris 2015) – erst recht nicht über eine Neuverhandlung der Schulden (Kakassis 2015). Sie zeigten keine Kompromissbereitschaft. Im Grunde verlangten sie, dass die griechische Regierung vor ihren Forderungen kapitulierte (Wehr 2016: 119; Sotiris 2015).

6 Einer Umfrage von Public Issue (2015b) zufolge zogen es 65 Prozent der befragten Bürger*innen vor, dass Griechenland in der Eurozone bleibt.

7 Von der Mehrwertsteuererhöhung ausgenommen waren Basisgüter, Grundnahrungsmittel und Medikamente (Wehr 2016: 118).

Zu Bündnissen mit der griechischen Regierung zeigten sich auch vermeintlich politische Verbündete aus dem sozialdemokratischen Spektrum im Euroraum nicht bereit (Mittendrein/Oberndorfer 2018: 123, 126–127).

In dieser schwierigen Lage ergriff die griechische Regierung »die Flucht nach vorn an« (Wehr 2016: 120). In der Nacht auf den 28. Juni kündigte Tsipras ein Volks-Referendum für den 5. Juli 2015 an. Bei diesem sollte die Bevölkerung in Griechenland darüber abstimmen, ob die griechische Regierung den Reformentwurf der Troika annehmen sollte oder nicht (Wehr 2016: 121). Konkret sollten die Wahlberechtigten beim Referendum folgende Frage beantworten:

»Soll der von der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds der Eurogruppe am 25. Juni vorgelegte Entwurf einer Vereinbarung, der aus zwei Teilen besteht, welche einen einheitlichen Vorschlag darstellen, angenommen werden?« (Wehr 2016: 123).

Von dem Referendum erhoffte sich die Regierung vor allem eine Stärkung ihrer Verhandlungsposition (Salmon 2015). Das griechische Parlament stimmte mit eindeutiger Mehrheit für die Volkskonsultation.⁸ Erwartungsgemäß nahm die Troika die Nachricht von der Ankündigung des Referendums schlecht auf. Für sie bedeutete das Referendum ein »Ende der Verhandlungen« (Sotiris 2015). Zahlreiche EU-Politiker*innen und -Vertreter*innen, darunter Jean-Claude Juncker, Wolfgang Schäuble und Jeroen Dijsselbloem warnten Griechenland öffentlich davor, mit einem ›Nein‹ abzustimmen. Ein ›Nein‹-Sieg zöge den Austritt Griechenlands aus dem Euro nach sich (Wehr 2015:124). Der damalige Präsident des EU-Parlaments Martin Schulz ging sogar einen Schritt weiter und forderte, dass die griechische Regierung im Falle eines ›Nein‹-Sieges zurücktreten und durch eine für die Verhandlungen mit der Troika geeignetere Übergangsregierung ersetzt werden solle (Zimmer 2015).⁹

Neben Drohungen und medialen Hetzkampagnen sah sich die griechische Regierung nach der Ankündigung des Referendums auch mit praktischen Konsequenzen konfrontiert. Einen Tag nach Tsipras Ansprache fror die EZB die für Griechenland vorgesehenen Notkredite in Höhe von 89 Milliarden Euro ein. Der griechischen Regierung blieb nichts anderes übrig, als Ende Juni Kapitalverkehrskontrollen einzuführen¹⁰ und die tägliche Bargeldabhebung auf maximal 60 Euro zu beschränken. Zudem blieben Bankschalter bis zum Referendum geschlossen (Wehr 2016: 120). In vielen Kleinbetrieben und Geschäften sorgten die Beschränkungen »für einen völligen Zusammenbruch

⁸ 178 Abgeordnete von SYRIZA, ANEL und der CA stimmten für das Referendum, 120 Abgeordnete der ND und PASOK stimmten dagegen. Die KKE enthielt sich (FAZ 2015).

⁹ Diese Forderung ging selbst einigen Mitgliedern des EU-Parlaments zu weit. In einer Pressemitteilung kritisierten Gabriele Zimmer, Vorsitzende der Linksfaktion GUE/NGL im Europaparlament, und Dimitrios Papadimoulis, Vize-Präsident des Europaparlaments, »die manipulativen Äußerungen von Präsident Schulz« (Zimmer 2015). Dieser wolle »eine demokratisch gewählte Regierung stürzen sehen«, nur »damit die Gläubiger*innen eine ihnen gefügige Regierung bekommen« (Zimmer 2015).

¹⁰ Vollständig aufgehoben wurden die Kapitalverkehrskontrollen erst im September 2019, als die Krisenpolitik in Griechenland offiziell beendet wurde (Höhler 2019).

des Geschäfts« (Wehr 2016: 122). Die griechischen Medien warben unterdessen für ein ›Ja‹ beim Referendum und auch viele Arbeitgeber*innen unterstützten die Panikmache der Medien, indem sie Beschäftigten drohten, diese, sofern sie mit ›Nein‹ abstimmten, zu entlassen (Milios 2016). Die Situation in diesen Tagen war beunruhigend.

Trotzdem verbreitete sich auch ein Gefühl der Hoffnung, das die Angst und Verunsicherung zu übertrumpfen schien. Für das Referendum warb SYRIZA mit Wahlplakaten, die die Aufschrift trugen: »Nein. Für die Demokratie und die Würde«. Überall, ob im Supermarkt, im Fitnessclub, auf der Arbeit oder in der Teestube war das anstehende Referendum Gesprächsthema Nummer eins. Viele Menschen überkam ein Gefühl der Selbstermächtigung. Nach fünf Jahren Krisenpolitik durften sie endlich einmal mitentscheiden. Bei aller Freude war dabei nur wenigen Stimmberchtigten bewusst, worum es im Referendum überhaupt ging. Die meisten Wähler*innen hatten die von der Troika vorgelegten Dokumente weder gelesen noch verstanden. Zudem existierte der von Troika und Eurogruppe am 25. Juni 2015 vorgelegte Entwurf seit dem Auslaufen des Hilfsprogramms am 30. Juni 2015 gar nicht mehr (Wehr 2016: 123). In ihrer Freude über das Referendum übersahen viele, dass das ›Nein‹ keine Absage an Sozialkürzungen und den Abbau sozialer Rechte darstellte (Wehr 2016: 128). Vielmehr war das Referendum eine Wahl »zwischen zwei Übeln« (Wehr 2016: 128). Ein ›Nein‹-Sieg konnte lediglich dazu führen, dass die Verhandlungen zu besseren Bedingungen fortgesetzt werden. Doch für die meisten Wahlberechtigten spielte all das keine große Rolle.

Für diejenigen unter ihnen, die mit ›Nein‹ abstimmen wollten, war das Referendum eine Entscheidung zwischen der Fortsetzung und dem Ende der Krisenpolitik, wie eine Stimmberchtigte erzählte, als ihr die auf dem Stimmzettel gestellte Frage vorgelesen wurde:

»Niemand kümmert sich wirklich darum, was auf dem Stimmzettel steht und was das ›Ja‹ und ›Nein‹ bedeutet. Sie wissen, was es für ihre Leben bedeutet. Wie meine Großmutter, mein Großvater, meine Eltern, die Renter*innen sind. Sie wissen, warum sie ›Nein‹ wählen müssen. Die Menschen verstehen, dass es die ganzen letzten fünf Jahre Armut gab und dass wir jetzt für uns selbst entscheiden müssen. Wir durchleben schwierige Zeiten und die Griech*innen wissen das. Und sie sind bereit, das durchzustehen, um eine bessere Zukunft zu haben« (Katz/Mavropoulos 2015).

Im Vorfeld der Abstimmung fanden zahlreiche Demonstrationen zur Unterstützung der Volksbefragung statt. Mehrere hunderttausend Menschen nahmen einen Tag vor dem Referendum an Massenkundgebungen vor dem Parlament teil und riefen »Wir haben keine Angst« (»Den foyomaste«) und »Nein« (»Oxi«), während Alexis Tsipras am Syntagma-Platz vor den Protestierenden eine Rede hielt:

»Bürger*innen von Athen, griechisches Volk, heute protestieren wir nicht, heute feiern wir, heute feiern wir die Demokratie. Die Demokratie ist die Lösung. Und heute feiern wird den Sieg der Demokratie, wie auch immer es ausgeht. Wir haben schon gewonnen. Griechenland hat eine Nachricht der Würde gesendet und eine Nachricht des Stolzes« (Mason 2015: 00:12:00-00:12:31).

Abbildung 6: Protestteilnehmende vor dem Parlament in Athen, 29. Juni 2015



Foto: Giannis Panagopoulos/To Vima

Gleichzeitig protestierten zehntausende Anhänger*innen des ›Ja‹-Lagers an einem anderen zentralen Ort in Athen. Dem Soziologen Panagiotis Sotiris (2015) zufolge zeigte sich anhand der räumlichen Aufteilung in die beiden Protestlager »eine massive Polarisierung der griechischen Gesellschaft«. Im ›Nein‹-Camp versammelten sich viele Menschen aus den ehemals mittleren und unteren Einkommensschichten – Menschen, deren Leben von der Krisenpolitik negativ betroffen waren, darunter viele Anhänger*innen der beiden Regierungsparteien SYRIZA und ANEL. Ähnlich wie bei der Platzbewegung positionierten sich die ›Nein‹-Unterstützer*innen um das Parlament. Viele von ihnen schwenkten Nationalfahnen. Im ›Ja‹-Camp versammelten sich Menschen aus den oberen Einkommensschichten, Anhänger*innen und Mitglieder der ND, die den Austritt Griechenlands aus der Eurozone und aus der EU fürchteten. Auch der ehemalige SYRIZA-Politiker John Milius beschreibt die Aufteilung in ähnlicher Form:

»Die Referendum-Kampagne unterstrich Klassen- und Gesellschaftsspaltungen, die seit Dekaden unsichtbar gewesen waren. Zwei ›Griechenlande‹ kämpften gegeneinander: die armen Lohnabhängigen, die Arbeitslosen und viele Kleinunternehmer*innen forderten ein ›Nein‹, während die Oberschicht für ein ›Ja‹ agitierte« (Milius 2016).

Die Beteiligung an dem sehr kurzfristig angekündigten Referendum war groß. Viele Wahlberechtigte, die bereits in den Urlaub gefahren waren, kehrten zurück, um in ihrem Wahlbezirk abzustimmen. Einige reisten sogar aus dem Ausland an. Am 5. Juli 2015 war es soweit:

61,3 Prozent der Wahlbeteiligten stimmten gegen die Reformentwürfe der Troika und gegen das neue Memorandum. 38,7 Prozent stimmten für ›Ja‹. Die Wahlbeteiligung

lag bei knapp über 62 Prozent. In einer abendlichen Fernsehrede verkündete Tsipras, dass Griechenland bewiesen habe, dass die »Demokratie nicht erpresst werden kann« und dass die Position Griechenlands in den Verhandlungen mit den internationalen Gläubiger*innen nun gestärkt sei (Traynor et al. 2015). Der ehemalige Ministerpräsident und Vorsitzender der ND, Antonis Samaras, trat am selben Abend von seinem Amt zurück (Traynor et al. 2015).

9.5 #Thisisacoup – Demokratie ohne Demos

Die Freude über den Sieg des ›Nein‹ währte nicht lange. EU-Regierungsvorsitzende und sogar Mitglieder der US-Regierung drängten Tsipras nach dem Referendum, trotz der ›Nein‹-Mehrheit, die den Bedingungen der Troika entsprechenden Reformen zu akzeptieren. Die EZB stellte sich »auf einen möglichen Grexit« ein und drängte auf eine Einigung, damit sie ihre Nothilfen für die griechischen Banken nicht einstellte musste (Plickert 2015). Bereits einen Tag nach dem Referendum traf sich Tsipras mit den Vorsitzenden der Pro-Memorandum-Parteien, um gemeinsam eine Position zugunsten der Bedingungen der Gläubiger*innen auszustalten. Bei einem Treffen mit der Eurogruppe am 7. Juli stimmte Tsipras zu, die Verhandlungen unter den Bedingungen der Troika fortzuführen, nachdem der damalige EU-Ratspräsident Donald Tusk und der damalige Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker darauf hingewiesen hatten, dass Griechenland bei einem Abbruch der Verhandlungen der Austritt aus der Eurozone drohe (Wehr 2016: 133–134). Am 8. Juli legte Griechenland daraufhin erneut weitere Reformvorschläge vor, darunter Rentenkürzungen und Steuererhöhungen sowie Privatisierungen. Diesen Reformvorschlägen stimmte das griechische Parlament mit einer Mehrheit von 251 Abgeordnetenstimmen zu. Lediglich einige Abgeordneten von SYRIZA und ANEL sowie die KKE und die CA votierten dagegen (Wehr 2016: 134).

Die Troika lehnte die Reformvorschläge jedoch ab und konfrontierte die Regierung stattdessen mit einem »drakonischen« Maßnahmenpaket, dessen Bedingungen harscher als die aller bisherigen Kreditvereinbarungen waren (Traynor et al. 2015; s.a. Sotiris 2015; Kouvelakis 2015a). In einer Erklärung des Euro-Gipfels vom 12. Juli 2015 wurden der griechischen Regierung die Bedingungen »für eine mögliche künftige Vereinbarung« vorgelegt (Euro-Gipfel 2015). Die griechische Regierung sollte sich u.a. zur »Durchführung ehrgeiziger Rentenreformen« und zur »Modernisierung der Verfahren für Tarifverhandlungen« bereit erklären sowie »Massenentlassungen nach dem mit den Institutionen vereinbarten Zeitplan und Ansatz« und umfangreiche Privatisierungen vornehmen (Euro-Gipfel 2015: 3–4). Dabei sollte die griechische Regierung sich »zu sämtlichen Gesetzesentwürfen in relevanten Bereichen mit angemessenem Vorlauf« mit der Troika abstimmen, bevor »eine öffentliche Konsultation durchgeführt oder das Parlament befasst wird« (Euro-Gipfel 2015: 5).

Am 13. Juli 2015 stimmte die griechische Regierung dem neuen Maßnahmenpaket der Troika offiziell zu. Zwei Tage später verabschiedete das griechische Parlament mehrheitlich das neue Rettungspaket. 32 SYRIZA-Abgeordnete stimmten gegen das Paket, darunter Yanis Varoufakis, der das Maßnahmenpaket als »neuen Versailler Vertrag« bezeichnete (Brown 2015). Weltweit empörten sich auch andere Politiker*innen und Öko-

nom*innen über die Vereinbarung, die einige von ihnen auch als »Putschversuch« werteten (Kouvelakis 2015a).¹¹ Insbesondere in Deutschland und in Griechenland war #thisisacoup im Juli 2015 einer der häufigsten Hashtags auf Twitter (The Guardian 2015).

Dem Politikwissenschaftler und ehemaligen Mitglied des Zentralkomitees von SYRIZA Stathis Kouvelakis (2015a) zufolge verabschiedete sich SYRIZA mit der Zustimmung zum neuen Rettungspaket nicht nur von »linker Politik, sondern von Politik insgesamt«. SYRIZA ignorierte das ›Nein‹ der Wähler*innen ebenso wie die Gegenstimmen innerhalb der eigenen Partei und rechtfertigte dieses Vorgehen mit der Behauptung, dass es keine politische Alternative gäbe (Kouvelakis 2015a).

Tatsächlich verursachte der Alleingang der SYRIZA-Führungsspitze in der Partei eine Krise. Über 100 Mitglieder des Zentralkomitees traten zurück, tausende Mitglieder verließen die Partei und der Jugendverband (*Neolaia SYRIZA*) löste sich gänzlich auf¹² (Wehr 2016: 154). In Reaktion auf die »Kapitulation« der griechischen Regierung vor den internationalen Gläubiger*innen (Varoufakis 2020) trat Finanzminister Varoufakis zurück. Er wurde durch den SYRIZA-Politiker Euclid Tsakalatos ersetzt (Wehr 2016: 117). Die stellvertretende Finanzministerin Nadia Valavani und der stellvertretende Arbeitsminister Dimitris Stratoulis waren bereits vor der Abstimmung über das neue Rettungspaket zurückgetreten (Wehr 2016: 151). Auch die Parlamentspräsidentin Zoe Konstantopoulou verließ SYRIZA. Neben freiwilligen Rücktritten kam es am 17. Juli 2015 zur Entlassung von zehn Mitgliedern der Regierung.

Viele der zurückgetretenen und ausgeschlossenen SYRIZA-Politiker*innen schlossen sich Ende August 2015 der neu gegründeten Partei Volkseinheit (*Laiki Enotita*) an (Wehr 2016: 7). Zum Vorsitzenden wurde der ehemalige Vorsitzende der linken Plattform von SYRIZA, Panagiotis Lafazanis, gewählt. Zur Programmatik der neuen Partei gehörten Themen, die die linke Plattform bereits seit Mai 2013 im Rahmen eines »Plan B«, ausgearbeitet hatte, darunter der Ausstieg Griechenlands aus der Eurozone, die Verstaatlichung der Banken, der Aufbau einer zentralen Planwirtschaft sowie das Einstellen aller Zahlungen an die Gläubiger*innen (Kouvelakis 2015b).

Nach der Zustimmung zum neuen Rettungspaket kündigte Tsipras in einer Fernsehansprache im August 2015 Neuwahlen für den September 2015 an. Durch die Neuwahlen wollte sich Tsipras den Rückhalt der Wähler*innen zum neuen Rettungspaket bestätigen (Phoenix 2015). Tatsächlich ging SYRIZA aus diesen Wahlen mit 36 Prozent erneut siegreich hervor und bildete noch einmal eine Regierungskoalition mit der ANEL. Die Oppositionspartei ND erreichte 28 Prozent. Da die Wahlbeteiligung von 63 auf 56 Prozent gesunken war, hatte SYRIZA über 300.000 Stimmen verloren (Wehr 2016: 7).

9.6 Wie SYRIZA scheiterte – und dabei die sozialen Bewegungen schwächte

Viele Menschen in Griechenland hatten sich von SYRIZAs Wahlsieg im Januar 2015 eine politische Wende und ein Ende der Krisenpolitik erhofft. Im Sommer 2015 wurden diese

¹¹ So z.B. die damalige deutsche Grünen-Politikerin Barbara Lochbihler (2019).

¹² Inzwischen wurde der Jugendverband neugegründet (Left 2017).

Hoffnungen mit der Zustimmung zum dritten Memorandum begraben. In den Verhandlungen über die Krisenmaßnahmen wich die anfangs widerständige Haltung der Partei gegenüber der Troika recht schnell einer weitreichenden Kompromissbereitschaft. Aus Bestrebungen nach einer Beendigung der Krisenpolitik wurden Bemühungen um eine Neuverhandlung, aus Vorschlägen für mildere Reformen die Zustimmung zum härtesten Memorandum seit Beginn der griechischen Staatsschuldenkrise.

Für einen Großteil der Anhänger*innen von SYRIZA und ANEL waren die beiden Regierungsparteien in ihrem Bestreben nach einem politischen Kurswechsel gescheitert. Wie Panagiotis Sotiris in einem Interview mit dem Sozialwissenschaftler George Souvlis erzählt, fühlten sich insbesondere viele Anhänger*innen von SYRIZA verraten. Sie warfen der Partei vor, ihre Versprechen nach einer sozialpolitischen Wende nicht eingehalten zu haben (Sotiris/Souvlis 2020). Das politische Scheitern von SYRIZA führt Giorgos Chondros (2015: 184), Mitglied des Zentralkomitees von SYRIZA, auf organisatorische und programmatische Defizite zurück. So habe es SYRIZA versäumt, »sich nach den Wahlen 2012 gründlich auf eine Übernahme der Regierung vorzubereiten und ein detailliertes Regierungsprogramm auszuarbeiten« (Chondros 2015: 184). SYRIZA habe zwar einen »Plan zur Bekämpfung der humanitären Krise« ausgearbeitet, jedoch kein »umfassendes Programm«, um Griechenland »durch die komplizierten Verhandlungen, geschweige denn aus der Krise« herauszuführen (Chondros 2015: 184). Die Partei habe sich zu sehr »auf die Wahlen konzentriert« (Chondros 2015: 184).

Diese Argumentation klingt nachvollziehbar, aber auch selektiv. Dem ehemaligen SYRIZA-Politiker John Milius (2016) zufolge reichen die Gründe für das Scheitern der Verhandlungen bis 2012 zurück und hängen eng mit SYRIZAs politischer Neuorientierung und der damit verbundenen Abkehr von ihren radikaldemokratischen Werten zusammen. So adaptierte SYRIZA seit ihrem Aufstieg zur zweitstärksten parlamentarischen Partei bei den Wahlen im Frühsommer 2012 »graduell« eine reformistische Haltung mit einem dementsprechend angepassten Parteiprogramm (Milius 2016). Dieses ebnete ihren Übergang von einem linksradikalen Bündnis zu einer pragmatischen sozialdemokratischen Partei.

2012 erlebte SYRIZA einen starken Neuzugang ehemaliger PASOK-Politiker*innen und Wähler*innen, was zu einer entsprechenden Anpassung ihres Parteiprogramms führte. Dieses wurde an die Interessen der Neuzugänge von rechts und aus der politischen Mitte angepasst. Ähnlich wie die PASOK in den 1970er Jahren, inszenierte sich die SYRIZA-Führung unter Alexis Tsipras zunehmend als Partei der Mitte. Die Partei bezeichnete sich selbst nun nicht mehr als »Regierung der Linken«, sondern als »Regierung der nationalen Rettung« (Milius 2016). Ihr Streben nach einer »Umverteilung von Macht, Reichtum und Einkommen« wurde durch das Ziel eines »produktiven Aufbau des Landes« ersetzt (Milius 2016). Themen, die für die linksradikale Koalition Priorität hatten, wie die »demokratische Kontrolle der Gesellschaft und Wirtschaft«, die Entwicklung selbstverwalteter Wirtschaftsmodelle und das Konzept der Solidarökonomie, »wurden beiseitegelegt« (Milius 2016). Nach den EU-Parlamentswahlen 2014 bereitete sich die Parteführung auf die Parlamentswahlen in Griechenland 2015 vor und diskutierte darüber, Koalitionen mit Parteien der politischen Mitte zu bilden.

Bis zu den Wahlen im Januar 2015 hatte sich SYRIZA fast vollständig von ihren radikalen Idealen verabschiedet. Sie bezog keine systemkritischen Positionen mehr, sondern

setzte nur noch das Ende der Krisenpolitik auf ihre Agenda (Milios 2016). Das ehemalige SYRIZA-Mitglied *Da beschreibt die ideologische Transformation von SYRIZA in ähnlicher Weise:

»2002 trat sie [SYRIZA, Anm. d. Verf.] ins Parlament ein, mit einem Prozentanteil von 3,5 Prozent. Die Hauptkomponente SYNAPISMOS, die links war, aber eben eurokommunistisch, begann ihre linken Prinzipien hinter sich zu lassen, um die Wahlen zu gewinnen usw. Das war ganz deutlich nach 2008, nach der Dezemberrevolte. Wir sahen, dass SYRIZA begann, sich zu verändern, ihre Orientierung zu revidieren. Das zeigte sich sehr deutlich nach der Krise, nach 2010, 2011. Sie benutzte die Folgen der Krise, um ihre Position zu stärken und gleichzeitig änderte sie ihre Haltung. Nach den Wahlen 2012 sprang SYRIZA von 4 auf 17 Prozent und das war das Ende der linken Orientierung von SYRIZA, auch wenn die linken Parteien, aus denen sich SYRIZA zusammensetzte – also die Parteien außerhalb von SYNAPISMOS – in der Koalition blieben. Ich weiß nicht warum. Sie [SYRIZA, Anm. d. Verf.] sah die Macht kommen. Sie orientierte sich politisch nach rechts. Sie begann in der Öffentlichkeit zu sagen, dass unsere einzige Zukunft der Euro ist, die Eurozone. Obwohl sie in den vorigen Jahren den Slogan hatte: ›Opfer dich niemals für den Euro, wir werden unsere Leben nicht für den Euro opfern‹. Jetzt war der neue Slogan: ›Europa ist unser Land. Wenn es eine Lösung gibt, dann wird es sie in der Eurozone geben.‹ Die anderen Komponenten reagierten, aber sehr leise. In den EU-Parlamentswahlen von 2014 sahen wir alle, dass SYRIZA die nächste Regierung wird. 2015, dieses Jahr, gewann sie die Wahlen. Sie übernahm die Regierung. Und jetzt kannst du sehen, dass sie eine eindeutig rechtsorientierte Politik adaptierte mit dem neuen Memorandum. Und wie du sehen kannst, wird es eine Teilung geben. Das linke Spektrum wird die Partei verlassen und sie [SYRIZA, Anm. d. Verf.] werden eine neue Partei gründen. Sie werden etwas anderes formen mit den ehemaligen Mitgliedern von PASOK. Das ist die Geschichte von SYRIZA« (Interview, *Da, 15.08.2015).

Indem SYRIZA einen »Konsens der politischen Mitte« (Mouffe 2010) suchte, blieb ihr in den Verhandlungen mit der Troika nur wenig Spielraum für eine tatsächlich politische Alternative. Laut den Sozialwissenschaftler*innen Lisa Mittendrein und Lukas Oberndorfer (2018: 123) ließ sich die Regierungsspitze in den Verhandlungen »von Anfang an auf die Logik der Gegenseite« ein. Die SYRIZA-Spitze bekannte sich dem Sozialwissenschaftler *Spy zufolge nie vollständig zu ihren Idealen und Zielen, sondern versuchte vielmehr, sich der Troika gegenüber kompromissfreudig zu zeigen, während sie gleichzeitig der griechischen Bevölkerung versicherte, deren Interessen zu vertreten:

»Sie [SYRIZA, Anm. d. Verf.] kamen nie in Konflikt mit den mobilisierten Menschen. Sie versuchten, Hoffnung zu kultivieren, aber zur gleichen Zeit, sendeten sie ganz andere Signale an die wirklich wichtigen Leute [die internationalen Verhandlungspartner*innen, Anm. d. Verf.] in Frankfurt, Brüssel und Berlin. Sie sagten zu ihnen: ›Ja, wir sind bereit für einen Kompromiss. Wir unternehmen keine praktischen Schritte, um eure Politik zu hinterfragen. Wir unterbinden jeden Versuch der Radikalisierung und ihr könnt uns vertrauen.‹ Und dies war eine sehr konsistente Politik von Tsipras zu dem Zeitpunkt, nach dem Motto: ›Wir haben einen Diskurs für die Massen und einen sehr anderen Diskurs für die Eliten‹« (Interview, *Spy, 17.07.2015).

Am Ende gelang es SYRIZA weder die Schulden noch die Krisenmaßnahmen neu zu verhandeln (Karyotis 2015). Die politische Transformation von SYRIZA zeigte sich allerdings nicht nur auf einer institutionellen Ebene, sondern auch in der zunehmenden Distanzierung von den sozialen Bewegungen. Diese ist Panagiotis Sotiris zufolge ein weiterer Grund dafür, weshalb SYRIZA ihre Forderungen in den Verhandlungen mit der Troika nicht durchsetzen konnte (Sotiris/Souvlis 2020). Eine stärkere Einbindung der sozialen Bewegungen in den Verhandlungen mit der Troika hätte der griechischen Regierung den Rücken stärken können (Mittendrein/Oberndorfer 2018: 123–124).

Stattdessen zeigte SYRIZA »ein zu stark regierungs- und staatszentriertes Verständnis davon, wie der Konflikt zu führen ist« (Mittendrein/Oberndorfer 2018: 124). Die Distanzierung SYRIZAs von den sozialen Bewegungen hatte direkt nach den Parlamentswahlen 2012 begonnen. Von diesem Zeitpunkt an entwickelte sich das linksradikale Bündnis zunehmend in eine hierarchisch organisierte Partei, wie ein ehemaliges Mitglied von SYRIZA erzählt:

»Vergiss nicht, dass viele der politischen Komponenten SYRIZAs, die kleinen Parteien, nicht institutionalisiert waren, sie waren außerhalb des institutionellen Systems, und hatten anti-institutionelle Praktiken. SYRIZA schaffte es, all diese Meinungen miteinander zu vereinen und zu Beginn, für eine lange Zeit, sechs, sieben, acht Jahre, behielt sie diese linke Haltung, die linken Prozeduren, das Recht auf Veto. Mit der Zeit verwandelte sie sich in eine strikt institutionelle Partei mit Prozeduren der Mehrheit, also die Führung. Früher hatten sie Prozeduren, die von unten kamen, heißt, dass die Menschen entschieden und dann ging die Entscheidung nach oben. Jetzt gibt es eine Führung, eine kleine Gruppe von Menschen, Tsipras am Kopf, und sechs oder sieben andere. Und sie entscheiden – nachdem sie die Entscheidung der Basis aufgezwungen haben – für den Rest. Und dies ist, wie eine strikt institutionalisierte Partei funktioniert, eine neoliberale Partei. Das ist keine linke Prozedur [...] Die Politik und die Entscheidungen werden von der Führung gemacht. Und das ist ein übliches Merkmal traditioneller Parteien, Parteien der Rechten, der Mitte, des Neoliberalismus« (Interview, *Da, 15.08.2015).

In ähnlicher Form beschreibt der Sozialwissenschaftler *Spy, wie sich die Programmatik von SYRIZA über die Jahre verändert hat:

»[...] im Kongress, den sie im Sommer hatten, schlugen sie viele Dinge vor, die nicht radikal waren, sondern viel weicher, als das, was die Menschen wollten. Aber sie sagten damals: ›Wir wollen die Mitte für uns gewinnen und wir wollen akzeptabel sein für so viele Konservative wie möglich. Deswegen sagen wir diese weichen Dinge, aber im Grunde sind wir viel radikaler als das [...] Im September gab es dann das sogenannte Programm von Thessaloniki, das war [...] es enthielt praktisch gesehen nur einige humanitäre Maßnahmen. Es war ein konservatives, keynesianisches Programm« (Interview, *Spy, 17.07.2015).

Mit der zunehmenden Distanzierung von der eigenen Basis veränderte sich auch SYRIZAs Verhältnis zu den sozialen Bewegungen. Zwar unterstützte SYRIZA die Proteste und gesellschaftlichen Selbstorganisierungsprozesse, allerdings trug die zunehmende Insti-

tutionalisierung der Partei dem Sozialwissenschaftler *Spy zufolge gleichzeitig auch zur Demobilisierung der Krisenproteste bei:

»Die SYRIZA-Führung tat, was notwendig war, um die Unterstützung der Wähler*innen zu gewinnen. Auf der anderen Seite demobilisierte sie die Bewegung. All diese Zeit versuchte die SYRIZA-Führung zu demobilisieren und auch die radikaleren Slogans zu ändern und die Aktivitäten der Bewegungen« (Interview, *Spy, 17.07.2015).

Laut einem Mitglied der Antiautoritären Bewegung Athen reduzierte SYRIZA nach ihrem Stimmengewinn bei den Parlamentswahlen 2012 ihre Beteiligung an den Protesten (Infonaut/AK Athens 2015). Je greifbarer eine Regierungsübernahme war, desto mehr distanzierte sich SYRIZA von den sozialen Bewegungen, die ihren Aufstieg erst ermöglicht hatten (Infonaut/AK Athens 2015). Nachdem die Massenmobilisierungen im Frühjahr 2012 nichts gegen die Einführung neuer Krisenmaßnahmen bewirkt hatten, hofften einige Teile der sozialen Bewegungen darauf, dass SYRIZA auf der Ebene der institutionellen Politik einen sozialen Wandel herbeiführen könnte. Dem Sozialwissenschaftler und Aktivisten Theodoros Karyotis (2015) zufolge wurden »die sozialen Bewegungen dazu verleitet, tatenlos zuzusehen und darauf zu warten, dass SYRIZA ihre Versprechen einlöst«. Das führte dem ehemaligen SYRIZA-Mitglied *Da zufolge dazu, dass die Protestbereitschaft 2015 deutlich sank:

»Sie [SYRIZA, Anm. d. Verf.] begannen mit einer Menge Hoffnung. Sie gaben vielen Menschen Hoffnung. Sie versuchten, sich auf die Seite der Bewegung zu stellen. Sie partizipierten in der Bewegung, aber ihr Ziel, wie du inzwischen sehen kannst, war nicht die Unterstützung der Bewegung. Es ging ihnen darum, die Wahlen zu gewinnen. Jetzt unternimmt die Bewegung nichts gegen die Situation, die wir erleben. Weil die Bewegung völlig neutralisiert ist. Nicht die gesamte Bewegung aber ein großer Teil der Bewegung. Wir fühlen das [...]. 2009, 2010, 2011 konntest du hunderttausende Menschen auf der Straße sehen. Jetzt siehst du wirklich wenige, weil SYRIZA es geschafft hat, diese Menschen einzuschlafen« (Interview, *Da, 15.08.2015).

Der Professor und Aktivist *St kritisiert zudem, dass SYRIZA nach ihrer Regierungsübernahme im Januar 2015 die gesellschaftlichen Selbstorganisierungsprozesse nicht genügend unterstützt hat, wie *St am Beispiel der Hochschulpolitik und des Gesundheitswesens verdeutlicht:

»SYRIZA hätte sich mehr mit den Menschen verbinden sollen, die diese Partei wählen und sie hätte versuchen sollen, diese Menschen zu mobilisieren. Nicht nur in Demonstrationen, sondern durch aktive Partizipation in verschiedenen Bereichen. Wir haben die Möglichkeit einiger Reformen in der Universität, im Gesundheitsbereich, die nicht die Welt kosten [...] Ich spreche nicht von der Universität unserer Träume, aber von einer, die offener ist, als die bestehende. SYRIZA hätte z.B. für eine demokratische Universität kämpfen sollen [...] Dasselbe gilt für die Ärzte*innen in den öffentlichen Krankenhäusern. SYRIZA hätte versuchen sollen, Verbindungen zu diesen Menschen zu kreieren und ihnen zuzuhören, wenn sie sagen, was sie tun wollen. [...] Aber wenn du versuchst zu imaginieren, was ›von oben‹ zu tun ist und zur gleichen Zeit verschiedene

politische Verhandlungen führst, um nicht bekämpft zu werden, von denen da ›oben‹ – die herrschenden gesellschaftlichen und ökonomischen Eliten – dann bist du nur noch damit beschäftigt. Dann wirst du am Ende die Menschen verlieren und zur gleichen Zeit nicht in der Lage sein, diejenigen zu überzeugen, die eh schon andere Pläne haben. Also, ich denke, SYRIZA ist in dieser schlechten Entscheidung gefangen und natürlich wurden auch schlechte Entscheidungen getroffen, hinsichtlich wer ausgewählt wurde als Teil des Staatsmechanismus. Viele Menschen, von denen wir wissen, dass sie Teil der vergangenen Perioden waren und die nicht in besonders gute Transaktionen mit der vorherigen Regierung involviert waren, sollten darin nicht auftauchen. Ich bin auch in der Gewerkschaft für Ingenieur*innen und ich bin ein gewählter Repräsentant der Architekt*innen in unserer Gewerkschaft. Wir hatten den Kopf der technischen Kammer von Griechenland, der tief involviert und verbunden war mit der ehemaligen Regierung. Er ist mehr oder weniger jemand, der nicht nur gegen uns ist. Er repräsentiert, was gegen uns ist. Und jetzt ist er Regierungsminister. Wie überzeugst du dann Menschen, dass du versuchst, etwas zu ändern? Ich denke ja, dass sie [SYRIZA, Anm. d. Verf.] versuchen, etwas zu ändern. Ich bin überzeugt davon. Aber manchmal ist es sehr widersprüchlich« (Interview, *St, 01.04.2015).

Trotzdem hält *St den Vorwurf, dass SYRIZA nach der Regierungsübernahme ihre eigenen politischen Werte verraten habe, für weitgehend unbegründet. *St wirft stattdessen den sozialen Bewegungen vor, selbst nicht genügend Verantwortung übernommen, sondern diese auf SYRIZA übertragen zu haben. Unter den Bedingungen eines weniger repressiven Staates hätten die sozialen Bewegungen *St zufolge ihre Mobilisierungen und Praktiken nicht verringern, sondern ausweiten sollen:

»Es ist offensichtlich kein Mangel an Staat zu erkennen [unter der Regierung Tsipras, Anm. d. Verf.]. Und diejenigen, die das erwarten sind einfach dumm. Dies ist Kapitalismus! Dies ist der Staat, der in besseren Händen ist, aber es ist der Staat. Einfach nur SYRIZA verurteilen, für etwas, dass die Bewegung nicht hinkriegt, ist ganz schön dumm. Die Bewegung sollte immer noch da sein. Sie sollte in Aktion treten und Forderungen stellen und einen Vorteil aus der neuen Situation ziehen, um die Strukturen zu schaffen, die zumindest von dieser Regierung toleriert werden. Dies ist unsere Stunde, dies ist unsere Chance. Und viele Aktivist*innen in der anarchistischen und in der linken Bewegung geben SYRIZA die Schuld, als wäre SYRIZA Teil einer Verschwörung. Nein, das ist nicht der Fall. Und ich habe leider eine Menge engstirnige SYRIZA-Kritiken erlebt, sehr engstirnige. Als wäre SYRIZA was? Manchmal werde ich wütend und sage: ›Kommt Leute, ihr habt SYRIZA nie gewählt, ihr habt SYRIZA nie vertraut [...] ich weiß, dass sie [SYRIZA, Anm. d. Verf.] keine Antikapitalist*innen sind. Ich weiß, dass sie keine alternative Gesellschaft aufbauen wollen« (Interview, *St, 01.04.2015).

9.7 Die Leben weiterhin in die eigenen Hände nehmen

Mit der Unterzeichnung der neuen Kreditverträge und des dritten Memorandums endeten die Krisenproteste in Griechenland. Die sozialen Bewegungen blieben desorientiert zurück, weil ein großer Teil von ihnen nicht erwartet hatte, dass SYRIZA den Bedingungen der Troika zustimmen würde. Dem Sozialwissenschaftler *Spy zufolge saß

der Schock darüber bei den sozialen Bewegungen so tief, dass es ihnen schwerfiel, sich zu reorganisieren:

»Für mich war der entscheidende Faktor, dass die Bewegung es schafft, sich zu organisieren. Es ist eine sehr schwierige Situation, weil, lass uns nicht vergessen, dass bis gestern ein Teil der Bewegung aus Menschen bestand, die jetzt die Seiten gewechselt haben. Und es wird sehr schwierig sein, wieder von vorne anzufangen und den Menschen zu erklären: ›Weißt du was, sie mögen uns betrogen haben, aber wir müssen die Bewegung am Leben erhalten‹. Das ist sehr schwierig. [...] Also, die Bewegungen müssen von neuem beginnen aber ohne all diese Menschen. Und tatsächlich habe ich in einigen antirassistischen Gruppen mitbekommen, dass es einen Aufschrei gegen die Menschen gegeben hat, die die Seiten gewechselt haben. Sie wollen sie nicht mehr« (Interview, *Spy, 17.07.2015).

Dass SYRIZA mit der Troika kooperierte, empfanden viele Akteur*innen der sozialen Bewegungen als Verrat. Für sie war SYRIZA nicht mehr Teil der sozialen Bewegungen, wie das ehemalige SYRIZA-Mitglied *Da erzählt:

»Nein, nicht mehr. Ich sage es klar und deutlich: Nicht mehr. SYRIZA ist jetzt eine rechte Partei. Du siehst, dass wir die Politik einer Partei anhand ihrer Entscheidungen bewerten, dem was sie entscheidet. Wenn sie sich für ein neues Austeritätsprogramm entscheidet, kann ich nicht mehr sagen, dass SYRIZA eine Anti-Austeritätspartei ist, nein. Ich werde ihre Partizipation als SYRIZA – nicht die der Mitglieder, weil viele ihrer Mitglieder kämpften weiter gegen die Austerität – aber ich werde nicht SYRIZA als eine Anti-Austeritätspartei akzeptieren. Und nicht nur ich« (Interview, *Da, 15.08.2015).

Im Grunde befanden sich die sozialen Bewegungen nach dem Referendum an einem Punkt, an dem sie von Neuem beginnen mussten, den Widerstand gegen die Krisenpolitik zu organisieren. *Da zufolge benötigten sie allerdings Zeit zur Neuorientierung:

»Es ist schwierig, sehr schwierig, weil die Bewegung verletzt ist, durch alles, was passiert ist. Wir müssen neue Themen finden. Wir müssen neue Wege finden, um zu reagieren. Wir dachten, dass die Regierung auf unserer Seite ist, ja oder nein, aber das ist wahr. Die Polizei setzt ihre Anti-Riot-Maßnahmen weiter, dass Rechtssystem auch. Die ökonomische Situation ist dieselbe wie vor sieben Monaten. Auch wenn sich Dinge geändert haben. Wir sind aus allen Wolken gefallen, wir wurden überrascht durch all das, also müssen wir neue Wege finden, um die Bewegung zu reorganisieren und uns neuorientieren immer mit dem gleichen Ziel, die Anti-Austerität, die Anti-Armut, was immer du willst [...]. Wir müssen uns organisieren, weil dieses Memorandum schlimmer ist als die beiden vorherigen. Die Menschen werden die Folgen sehr bald zu spüren bekommen. Ich weiß nicht, was wir tun werden, ich weiß es wirklich nicht. Wir müssen unsere Versammlungen abhalten und entscheiden, was zu tun ist. Aber es ist schwierig, weil die Menschen sich verraten fühlen. Die Menschen haben ihre Arme gesenkt. Wenn du dich verraten fühlst, brauchst du einige Zeit, um das zu realisieren, um zu analysieren, was das bedeutet, damit du dagegen kämpfen kannst. Aber vorher musst du es analysieren. Das Einzige, das ich weiß ist, wir müssen weiterkämpfen. Das steht fest« (Interview, *Da, 15.08.2015).

Tatsächlich fokussierten sich Teile der sozialen Bewegungen ab Sommer 2015 auf neue Aktivitäten, für die unter der SYRIZA-geführten Regierung trotz der Fortsetzung der Krisenpolitik relativ viel Raum gegeben war. Als im Juli 2015 zehntausende Geflüchtete in Griechenland angekommen und durch gesetzliche Vorehrungen auf nationaler und EU-Ebene an ihrer Weiterreise nach Westeuropa gehindert worden waren, sahen sich die sozialen Bewegungen in Griechenland über Nacht mit einer neuen Notsituation konfrontiert, die ein sofortiges Handeln erforderte. Zur Alltagsnot der griechischen Bevölkerung kam die prekäre Lage der geflüchteten Menschen hinzu, von denen viele bereits bei ihrer Ankunft weder Zugang zu Unterkünften noch zu sauberem Trinkwasser und Nahrung hatten. In einer Notsituation, auf die die griechische Regierung zunächst passiv und überfordert reagiert hatte, organisierten Aktivist*innen aus dem Umfeld der außerparlamentarischen Linken und dem A/A-Spektrum sowie weitere Menschen, die keiner politischen Gruppierung angehörten, Nothilfe für Geflüchtete.

Im Athener Stadtteil Exarchia entstand zu dieser Zeit eine der ersten selbstorganisierten Initiativen, die Selbstorganisierte Initiative in Solidarität mit Geflüchteten/Migrant*innen (*Autoorganomenh Protovoulia Allileugis stous Prosfuges/Metanastes*¹³, kurz: APM). Sie versorgte ab Mitte Juli 2015 täglich mehrere hundert Geflüchtete in einem Park im Athener Zentrum mit Nahrung, Kleidung, Medizin und einem Unterhaltungsprogramm für Kinder. APM wurden von Aktivist*innen aus dem Umfeld der AA-Bewegung und der außerparlamentarischen Linken gegründet. Nach und nach schlossen sich dem Projekt viele Freiwillige an, die die Aufrufe der Initiative über Facebook entdeckt oder über persönliche Kontakte von der Initiative erfahren hatten. Innerhalb weniger Tage wurden verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, um den täglichen Bedarf der Geflüchteten zu decken. Neben einer Arbeitsgruppe, die für die tägliche Lebensmittelzubereitung und -verteilung zuständig war, wurden eine Arbeitsgruppe für die Verteilung von Kleidung, eine Medien-Gruppe, eine Theater- und Spielgruppe für die Kinder und eine Arbeitsgruppe zur Koordinierung der Initiative gegründet. Mitglieder eines selbstverwalteten Gesundheitszentrums aus der Nachbarschaft schlossen sich der APM zudem als Medizinteam an. Ende Juli stellten die Ärzt*innen aus dem Medizinteam ein Zelt im Park auf, in dem sie den Geflüchteten im Park täglich eine kostenlose medizinische Versorgung anboten. Die Initiative war über eine Vollversammlung organisiert, an der täglich über 50 Menschen teilgenommen haben. In den Versammlungen organisierten die Teilnehmenden ihre Arbeit und diskutierten über die Ziele ihrer Arbeit. Die Frage, ob die Initiative mit staatlichen Institutionen kooperieren solle oder nicht, blieb ein anhaltendes Streithema zwischen den Mitgliedern.

Ab September 2015, als täglich mehrere tausend Geflüchtete Griechenland erreichten,¹⁴ wurde für viele Mitglieder der APM deutlich, dass nicht die ideologischen Überzeugungen, sondern die Nothilfe Priorität haben musste. In Kooperation mit einer kleinen NGO an der Nordküste der Insel Lesbos baute APM unter dem Namen *Platanos* eine weitere selbstorganisierte Solidaritätsstruktur auf. Die Kooperation mit der staatlich ge-

13 Die Internetseite der APM ist abrufbar unter: <https://solidarity-refugees.espivblogs.net/>.

14 Schätzungen der UNHCR zufolge erreichten 2015 bis zu 400.000 Geflüchtete Griechenland (Redmond 2015).

förderten NGO stieß bei einigen Mitgliedern der APM jedoch auf Ablehnung, weshalb sie die Initiative wenig später wieder verlassen haben.¹⁵

Ab September 2015 entstanden in Athen und in Thessaloniki weitere selbstorganisierte Geflüchteteninitiativen. Innerhalb von nur einem Jahr besetzten Aktivist*innen allein in Athen insgesamt zwölf Gebäude und transformierten sie in selbstverwaltete Unterkünfte für Geflüchtete. Die Geflüchteteninitiativen waren eng miteinander vernetzt und gründeten eine gemeinsame Koordinationsstelle. Alle selbstorganisierten Initiativen finanzierten sich ausschließlich aus Solidaritätsspenden und lehnten eine Unterstützung durch den Staat ab. Da die Regierung Tsipras, anders als ihre Vorgängerin, keine repressiven Maßnahmen gegen die Aktivitäten der Initiativen erließ, konnten die Aktivist*innen relativ problemlos viele leerstehende Gebäude im Athener Zentrum besetzen. Die Regierung unterstützte die Aktivitäten der selbstorganisierten Geflüchteteninitiativen zwar nicht, hinderte sie aber auch nicht an ihrer Arbeit. In diesem Sinne kann die Periode nach der Unterzeichnung des dritten Memorandums zwar als Niederlage für die Krisenproteste bewertet werden, gleichzeitig aber auch als Beginn einer neuen Periode solidarischer Selbstorganisierung. Die sozialen Bewegungen setzten ihre Selbstorganisierungsprozesse auf neuem Terrain fort, indem sie Solidarität mit Geflüchteten praktizierten. So heißt es auf der Internetseite der APM:

»Durch die Unterstützung der Kämpfe von Migrant*innen und Geflüchteten [...] erkennen wir in ihnen Elemente unserer eigenen Kämpfe gegen den Staat, Kapitalismus und Patriarchat. Durch selbstorganisierte Aktion und Solidarität streben wir an, erfolgreiche Beispiele einer individuellen Emanzipation und sozialen Befreiung zu setzen, Räume zu kreieren von gegenseitigem Verständnis, Kameradschaft und Bedingungen der gegenseitigen Ermächtigung und des gemeinsamen Kampfes« (APM 2015).

Wichtig war für die Aktivist*innen dabei, ihre praktizierte Solidarität von wohlfahrtsstaatlicher Hilfe zu unterscheiden. Sich selbst bezeichneten die Aktivist*innen als »Solidarisierende« (*allileugis*¹⁶). Die meisten Initiativen zielten darauf ab, dass sich die Geflüchteten langfristig an der Arbeit der Initiativen beteiligen. Anfangs erwies sich dieses Vorhaben als schwierig, da viele Geflüchtete nur temporär in den selbstorganisierten Unterkünften blieben, wie ein Mitglied der der selbstorganisierten Geflüchtetenunterkunft *Notara 26*¹⁷ in Athen in einem Interview mit dem Magazin *Copyriot* erzählt:

»Selbstorganisation ist schwierig. Besonders am Anfang, als die Grenzen noch offen waren, und die Geflüchteten sich für zwei oder drei Tage hier aufhielten, war dies eine Transit-Besetzung. Du kannst keine Selbstorganisation haben, wenn die Menschen nicht lange genug bleiben, um eine Gemeinschaft zu gründen. Und wie kannst du von

¹⁵ Die Daten zur APM entstammen meinen eigenen teilnehmenden Beobachtungen, die ich zwischen Juli und Oktober 2015 durchführte.

¹⁶ Dieser Begriff ist innerhalb der sozialen Bewegungen in Griechenland sehr geläufig. Er entspricht in etwa dem in englisch- und deutschsprachigen Raum verwendeten Begriff *allies*.

¹⁷ Die Internetseite von *Notara 26* ist abrufbar unter: <https://en.squat.net/tag/notara-26/>. Das Projekt ist nach der Adresse des besetzten Gebäudes benannt, in dem sich die Unterkunft befindet.

Menschen verlangen, in der Selbstorganisation teilzunehmen, wenn sie das erste Mal überhaupt das Recht haben, für sich selbst zu entscheiden?» (Copyriot/Cli Ché 2019).

Schon bald wurde die von Mitgliedern der Antiautoritären Bewegung gegründete *Notara 26* für viele Geflüchtete zum dauerhaften Wohnort. In der von Mitgliedern der außerparlamentarischen Linken im April 2016 gegründeten selbstorganisierten Unterkunft *City Plaza*¹⁸ wohnten ebenfalls mehrere hundert Geflüchtete für mindestens zwei Jahre. Ebenso wie die Gründer*innen von *Notara 26* verfolgten die Initiator*innen von *City Plaza* das Ziel, die Geflüchteten langfristig an der Organisierung des Alltags in den Unterkünften zu beteiligen. In beiden Projekten nahmen ab einem gewissen Zeitpunkt die Gründer*innen und Bewohner*innen gleichermaßen an regelmäßig stattfindenden Versammlungen teil. Den Gründer*innen von *City Plaza* zufolge sollten die Bewohner*innen durch ihre Teilhabe an den Entscheidungsprozessen Verantwortung übernehmen sowie »eine aktive Rolle im gesellschaftlichen und politischen Leben« einnehmen (*City Plaza* 2016).

Eine andere Geflüchtetenunterkunft, die von Anfang an weitgehend von Geflüchteten selbstverwaltet wurde, war *5th School Likio*.¹⁹ Wie fast alle selbstorganisierten Geflüchtetenunterkünfte in Athen befand sich auch diese Unterkunft im Stadtteil Exarchia. Neben verschiedenen Arbeitsgruppen in den Bereichen Reinigung, Bildung und Verpflegung gründeten die Initiator*innen von *5th School Likio* das selbstorganisierte Agrarprojekt *Solidarity Farmland, Refugee Village for Freedom*.²⁰ Das Projekt konnte die Grundnahrungsbedürfnisse von bis zu 800 Bewohner*innen decken (Backes 2018: 73). Gemeinsam mit Solidarisierenden aus der Landwirtschaft bauten die Mitglieder von *Solidarity Farmland* auf Landstücken 80 km außerhalb von Athen Kartoffeln, Oliven, Zwiebeln und Tomaten an, die sie anschließend auf selbstorganisierten Märkten ohne Zwischenhändler*innen verkauften. Durch ihre Arbeit konnten die Mitglieder von *Solidarity Farmland* ein geringes, aber regelmäßiges Einkommen erzielen. Darüber hinaus versorgten die Mitglieder des Projekts fünf Geflüchtetenunterkünfte und auf dem Land wohnende griechische Familien mit ihren Produkten (Backes 2018: 73).

Im Juli 2019 wurde die Regierungskoalition von SYRIZA und ANEL abgewählt und die ND unter Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis übernahm erneut die Regierungsgeschäfte. Die ND-Regierung kehrte sehr bald zu ihrer *Law-and-Order*-Politik zurück. Sowohl der neue Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis als auch der neue Bürgermeister von Athen, Kostas Bakoyannis, versicherten öffentlich, bei ihrem Amtsantritt für Ordnung zu sorgen und gegen die Aktivitäten der selbstorganisierten Initiativen in Exarchia vorzugehen (King/Manoussaki-Adamopoulou 2019). Bis Ende September 2019 wurden innerhalb von nur zwei Monaten sieben Besetzungen geräumt, darunter auch *5th School*

18 Die Internetseite von *City Plaza* ist abrufbar unter: <https://best-hotel-in-europe.eu/>.

19 Das Projekt wurde nach dem leerstehenden Schulgebäude benannt, in dem sich die Unterkunft befand. Ein kurzer Dokumentarfilm zu dem Projekt *5th School Likio* findet sich unter: Ojalá Projects (2019).

20 Die Facebookseite des selbstorganisierten Agrarprojekts *Solidarity Farmland, Refugee Village for Freedom* ist abrufbar unter: <https://www.facebook.com/solidarityfarmland>.

Likio. Nach polizeilichen Räumungsaktionen wurden die Bewohner*innen der Unterkunft in staatlich organisierte Flüchtlingscamps außerhalb von Athen abtransportiert, wo sie keinen Zugang zu Schulen, Supermärkten und öffentlichen Transportmitteln haben (Psalopoulou 2019). Bis auf Notara²⁶ wurden inzwischen alle selbstorganisierten Geflüchteteninitiativen von der Regierung geräumt (Stand: 2025).

9.8 Fazit

In diesem Kapitel wurde die letzte Periode der Krisenproteste dargestellt, die sich von Januar bis Juli 2015 erstreckte. Wie die Protestperiode von 2012 bis 2014 war auch diese Periode durch grundlegende Veränderungen auf der Ebene der institutionellen Politik gekennzeichnet. Die Regierungsübernahme durch SYRIZA weckte in vielen von den Krisenmaßnahmen betroffenen Menschen Hoffnung auf einen sozialpolitischen Wandel. Auch die sozialen Bewegungen erhofften sich von dem Regierungswechsel zumindest einige politische Veränderungen auf der institutionellen Ebene der Politik, die allerdings nicht wie erwartet eintrafen. Den sozialpolitischen und arbeitsrechtlichen Forderungen von Beschäftigten kam SYRIZA kaum nach. Insbesondere nach dem Referendum im Sommer 2015, als SYRIZA die Referendums-Mehrheit gegen die Annahme der Reformvorschläge der Troika ignorierte und die Reformen annahm, begann die gesellschaftliche Zustimmung zur Regierung deutlich zu sinken. Die Krisenproteste erschöpften sich und die sozialen Bewegungen blieben zunächst desorientiert zurück. Anstatt Proteste gegen die neuen Krisenmaßnahmen zu organisieren, fokussierten sich viele Akteur*innen ab Sommer 2015 auf selbstorganisierte Aktivitäten zur Unterstützung von Geflüchteten.

